



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Brandt, L. O.: Chamberlains britische Reichspolitik : (Fortsetzung)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Chamberlains britische Reichspolitik

Von E. O. Brandt in Düsseldorf

(Fortsetzung)



ie Grenzstreitigkeiten zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sind noch nicht beendet; und schon taucht ein neuer Konflikt auf um die Hudsonbai. Die Hudsonbai, dieses gewaltige Mittelmeer Nordamerikas, das 9,26 Millionen Quadratkilometer Fläche und eine mittlere Tiefe von 140 Metern hat, ist verhältnismäßig leicht zugänglich und passierbar; der Zugang zu ihr bietet für die Schifffahrt bessere Verhältnisse als die wichtige Straße von Belle-Isle zwischen Neufundland und Labrador. Ganz abgesehen von dem Fischreichtum der Bai reicht sie so tief in den Kontinent und bespült Randländer von so großer zukünftiger wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihr Wert ohne weiteres einleuchtet. Diese Seewasserstraße tritt auch mit einer wichtigen Eisenbahnlinie in Verbindung, nämlich mit der geplanten Bahn von Port Churchill an der Hudsonbai nach Port Simpson am Großen Ozean, und auch mit der künftigen zweiten kanadischen Überlandbahn wird nach Osten leicht ein Zusammenhang herzustellen sein. Die Bedeutung dieser Sachlage ist von den Vereinigten Staaten natürlich längst erkannt worden, und sie bestreiten Kanada das Recht, die Hudsonbai als ein ihm gehörendes geschlossenes Meer zu behandeln. Amerikanische Walfischfänger haben sich in der Westbai angesiedelt, und dieser Umstand sowie die Frage, ob diese Fischer unter kanadischer Aufsicht stehn, rufen den Streit hervor.

Alle diese Auseinandersetzungen der beiden nordamerikanischen Großstaaten sind nun für die Union nicht nur Zweck an sich, sondern zugleich Mittel zu einem Nebenzweck, da die Entscheidungen darüber, wenn sie ungünstig für Kanada sind — und das waren sie bisher immer —, der Union nicht nur Vorteile bringen, sondern auch in Kanada gegen das England, das ihm in solchen Fällen nicht hilft, sondern ihm bisher entgegengearbeitet hat, eine wachsende Verstimmung nährt. Und so schlagen die Vereinigten Staaten zwei Fliegen mit einer Klappe.

Neuerdings mehrten sich auch in der Union die Stimmen hauptsächlich in demokratischen Kreisen, die den etwaigen Wirkungen einer Chamberlainschen Reformpolitik durch ein engeres handelspolitisches Verhältnis zu Kanada die Spitze abbrechen wollen; und diesen Stimmen antworten solche aus Kanada. Der dortige Minister des Innern hat am 7. Dezember 1903 im kanadischen Klub in Ottawa gesagt, es werde die Zeit kommen, wo die beiden Staaten England und Kanada unabhängig voneinander Handelsverträge mit fremden Staaten abschließen würden. Der kanadische Handelsminister hat sogar am

15. Dezember 1903 in Toronto ausgesprochen, daß ein großbritannischer Zollbund Kanada zum Abschluß eines Reziprozitätsvertrags mit den Vereinigten Staaten zwingt. Vielleicht aber bedarf es eines solchen Druckes von dritter Seite gar nicht, da ohnehin die Handelsbeziehungen zwischen der Union und Kanada immer inniger werden. Von der kanadischen Gesamteinfuhr fielen auf das britische Reich 1882: 47,42, 1892: 37,94, 1902: 26,57 Prozent; auf die Vereinigten Staaten aber 42,87, 45,43, 59,98 Prozent. Und wenn Not an den Mann geht, hat die Union in den Holzszellen, um die sich ebenfalls seit Jahren ein Kampf mit Kanada entsponnen hat, ein immerhin nicht zu verachtendes Mittel, Kanada große Gefälligkeiten zu erweisen durch eine Ermäßigung. Ein so guter Kenner wie Professor Münsterberg von der Harvarduniversität sagt (in seinem soeben erschienenen Buche über die Amerikaner, Berlin, Mittler & Sohn), er sehe voraus, daß die nächste Ausdehnung der Vereinigten Staaten nach Norden erfolgen werde durch eine politische Angliederung des westlichen Kanada, dessen Reichtum an Holz, Gold, Kohle, Eisen, Fischen, Ackerland die Möglichkeit der Entwicklung für eine Bevölkerung von hundert Millionen Menschen biete. Die nach Kanada auswandernden Farmer des amerikanischen Westens würden die Führer dieser neuen Entwicklung sein. Sie brächten Arbeitslust und Unternehmungsgeist in hohem Maße mit, es fehle ihnen aber die durch die Geburt erworbne Anhänglichkeit an das Land Kanada, vielmehr wurzelten ihre heiligsten Überzeugungen in der amerikanischen Freiheit, und Englands Reformpolitik und Zollpolitik könne diesen Gang der Dinge nicht aufhalten.

Daß die englische Diplomatie noch lebt, hat sie noch jüngst durch ein Meisterstück bewiesen, nämlich durch die Feinheit, mit der sie Frankreich in den erwarteten ostasiatischen Verwicklungen von Rußland abtrennte. Die Besuche Eduards des Siebenten in Paris und Loubets in London sowie die gegenseitigen Besuche von Parlamentariern beider Länder, der Abschluß des französisch-englischen Schiedsvertrags, die Vereinbarung über Marokko zeigten eine so enge Freundschaft zwischen England und Frankreich, daß die Ausdehnung des französisch-russischen Bündnisses auf die Dinge im fernen Osten als unwahrscheinlich betrachtet werden konnte. Frankreich war gefesselt, und England, mag es auch große wirtschaftliche Zukunftshoffnungen aufgegeben haben, behielt seine volle Freiheit, dem japanischen Bundesgenossen gerecht zu werden. Professor Schiemann hat Recht, wenn er in der Kreuzzeitung vom 10. Februar 1904 sagt, daß England damit Japan einen ungeheuern Dienst geleistet habe, und daß dieses vielleicht erst infolge dieser unerhört günstigen politischen Lage den Mut gefunden habe, den Krieg mit Rußland zu beginnen. Er hätte aber hinzufügen können, daß der Dienst, den sich England selbst geleistet hat, nicht geringer ist. Ich möchte mit diesem Beispiel nur zeigen, daß die alte englische Diplomatenkunst noch lebt, aber im übrigen liegt in der Gewalt der Dinge auch für sie eine neuerdings oft recht fühlbar gewordne Grenze, da sich gewaltige Verschiebungen in den politischen Gleichgewichtszuständen auf der Erde vollzogen haben. Vor zehn Jahren noch war England politisch fast die ausschlaggebende Macht in der außereuropäischen Politik, es durfte sich kaum etwas in den politischen Zuständen ändern ohne die Genehmigung Englands. Heute ist das ganz

anders geworden. Rußland hat die plumpe Barentage so fest auf Vorder- und Hinterasiens gelegt, daß England dort vollständig an die zweite Stelle gerückt ist, und die dritte haben über Nacht die Vereinigten Staaten eingenommen, wenn nicht etwa die Japaner diese Reihenfolge nächstens auf den Kopf stellen.

Wenn auch die Vereinigten Staaten nicht das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind, zu dem es schreibselige aber oberflächliche Beobachter gern machen möchten, so haben sie doch mit einer überraschenden Schnelligkeit und Energie in die Welthandel eingegriffen und verstanden, daß ein Großstaat heute imperialistische Politik treiben muß, wenn er überhaupt bestehen will. Man mag die Formlosigkeit ihrer auswärtigen Politik immerhin als die Politik in Hemdärmeln verspotten, ihre Macht fühlt man doch. Wir haben uns jahrzehntelang mit der bitteren Anschauung getröstet, die Welt sei leider verteilt, und für uns sei nichts übrig geblieben. Der Amerikaner hat dieses Wort zuschanden gemacht. Das andre Wort „Amerika für die Amerikaner“ ist an seine Stelle getreten und hat neuerdings den Sinn bekommen, daß Amerika für die Vereinigten Staaten da ist. Geht es nicht anders, so nimmt man einige Millionen Dollars, macht eine Revolution, tritt bei dem entstehenden Wirrwarr als Schützer amerikanischer Bürger auf und steckt bei dieser Gelegenheit einfach das revolutionierende Land in die Tasche. Ich glaube, wir werden noch mehrere solche Staaten Gründungen wie die der Republik Panama erleben. Diese Umwälzungen, die russische verschlagne, aber zähe Expansionspolitik, das skrupellose Zugreifen der Vereinigten Staaten und nicht zuletzt auch die auf eine größere Flotte gestützte stärkere Seegelung Deutschlands, das Entstehen großer Kriegsflotten, von denen man vor fünf und zwanzig Jahren noch keine Ahnung hatte, all das hat England zurückgedrängt. Was will heute noch die Festung Hongkong gegen Wladivostok und Port Arthur mit den Eisenbahnverbindungen nach dem Osten bedeuten; wo ist die englische Allmacht in Persien und China hingekommen? Auch gegen die so oft noch als Brudernation gefeierten Vereinigten Staaten hat England vor kurzem eine schwere Niederlage erlitten. Es mußte, bedrängt durch den südafrikanischen Krieg, den Rechten aus dem Clayton-Bulwerschen Verträge von 1851 entsagen, der bestimmte, daß jeder mittelamerikanische Meerkanal neutrales Gebiet sein solle. Heute denkt niemand mehr daran, jeder hat sich damit abgefunden, daß der Panamakanal ein amerikanischer Kanal, ein Kanal der Vereinigten Staaten werden wird.

Diese Tatsachen haben Chamberlain zu seinem Feldzuge zunächst für die Tarifreform in England veranlaßt. Man darf sich durch den leider bei uns in gewissen Kreisen so stark eingewurzeltten Engländerhaß nicht bestimmen lassen, diesem Manne die große Achtung zu versagen, die er ohne Zweifel verdient, da er es jetzt an der Schwelle des Greisenalters nach einem für England segensreichen Leben unternimmt, das politische und das wirtschaftliche Leben auf ganz neue Grundlagen zu stellen. Nun sind aber die Gedanken Chamberlains keineswegs so ganz neu, sondern sie sind vorbereitet durch langjährige Arbeit. Und um diese Entwicklung ganz zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Geschichte der englischen Handelspolitik werfen, wie sie Fuchs, Rathgen und Hewins in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik so trefflich dargestellt haben.

Der Übergang Englands zum Freihandel erfolgte nicht mit einemmal, sondern langsam seit dem Jahre 1822, seit den ersten Tarifreformen Canning's und Huskisson's, die dann durch die Reformen Peels und Gladstones 1860 zum Abschluß gelangten. Der Zolltarif Peels war noch ein gemäßigter Schutzolltarif und enthielt, was besonders wichtig ist, Differentialzölle zugunsten der Kolonien. Diese zahlten in der Regel nur die halben Zölle. Allmählich wurden die Industriezölle beseitigt, und am 1. Juni 1849 fielen nach einem mehrjährigen erbitterten Kampfe der Antikornzollliga unter Cobden die Getreidezölle. Es war im wesentlichen ein Kampf der Industrie und des Kapitals gegen die Landwirtschaft. Man ging, wie ich oben schon erwähnt habe, von dem Gedanken aus, England müsse nur den Freihandel einführen, dann würden die andern Völker schon nachfolgen, und damit würde der englischen Industrie der große Weltmarkt frei bleiben. Wenn der Freihandel herrsche, so würden die Völker nicht künstlich Industrien züchten können, sondern diese würden nur da entstehen, wo die natürlichen Bedingungen besonders günstig wären, im übrigen werde eine rationelle Arbeitsteilung unter den Völkern entstehen, die einen würden das Getreide bauen, die andern die Industrieprodukte liefern und gegenseitig austauschen, und eitel Glück und Freude müsse bei diesem Verfahren auf der Erde herrschen.

Dabei war freilich stille Voraussetzung, daß die natürlichen Bedingungen für die Pflege der Industrie in keinem Lande so trefflich vorhanden wären wie in England, und die Versorgung der englischen Arbeiter mit billigem Brotgetreide erschien als eine sehr schätzenswerte Wirkung des Freihandels. Nun, die andern Völker glaubten diesem Sirenengefange nicht, besonders Deutschland ging, angefeuert durch den genialen Friedrich List, seine eignen Wege zum Schutzzoll, aber diese Anschauungen galten in England jahrzehntelang als Dogma, wenn auch nicht unbestritten von der Industrie, und sind es heute noch für weite Kreise. Ein wirklicher Freihandel besteht freilich auch heute noch in England nicht, da Tabak, Branntwein, Tee, Kaffee und einige andre Waren mit Finanzzöllen belegt sind, und gerade diese Zölle ja die arbeitende Klasse besonders belasten. Immerhin hatte das englische Vorgehn den Erfolg gehabt, schon vor der letzten großen Tarifreform Frankreich zu bestimmen, eine gemäßigtere Schutzzollpolitik zu treiben als bisher und den berühmten englisch-französischen Handelsvertrag, den Cobdenvertrag 1860 abzuschließen, der die von den englischen Fabrikanten erwarteten Zollerleichterungen tatsächlich brachte.

Frankreich haute diese Art der Handelsverträge nun weiter aus, es gewährte den wichtigsten kontinentalen Staaten später noch viel weiter gehende Zollnachlässe als England. Diese mußten England in Frankreich selbst gemäß der Meistbegünstigung allerdings auch eingeräumt werden, aber nicht in den andern Staaten, mit denen Frankreich die Verträge abgeschlossen hatte. England sah sich so bald in ganz eigentümlicher Weise mit Hilfe seines eignen „Systems“ überall von der französischen Industrie bedroht. Es mußte nun selbst versuchen, mit diesen andern kontinentalen Ländern Verträge abzuschließen. Da es aber seine Industriezölle ganz beseitigt hatte, konnte es diesen Staaten

gar keine Vorteile gegen die ihm selbst zu gewährenden Zollbegünstigungen bieten. Dieser Grundfehler seiner Handelspolitik zeigte sich also sehr schnell. Es ist wahrhaft erstaunlich und nur aus der großen politischen Macht Englands und aus dem allgemeinen Mißtrauen, ob sich der Freihandel auf die Dauer werde halten können, erklärlich, daß in der Tat solche Handelsverträge, zum Beispiel auch mit dem Deutschen Zollverein und Preußen, zustande kamen, und dadurch hatte sich die Stellung des englischen Handels auf dem Kontinent und im Auslande zunächst sehr gefestigt. Im weiteren Verlauf der Dinge aber unterlag England beim Abschluß neuer Handelsverträge regelmäßig gegen die Industriestaaten immer aus demselben Grunde, weil es ihnen keine Zollbegünstigungen bieten konnte; nur durch die Meistbegünstigung und Ackerbaustaaten gegenüber hatte es einigen Erfolg.

Das wichtigste Rüstzeug der modernen Handelspolitik, die Handelsverträge, konnte England also beim Freihandel nicht gebrauchen. England hat später nur in drei Fällen Miene gemacht, mittelbar wenigstens schutzzöllnerische Maßnahmen durchzusetzen. Einmal durch seine Vieheinfuhrverbote, die neben dem sanitären auch einen wirtschaftlichen Schutz gewährten. Ferner durch das Handelsmarkengesetz, das das berühmte Made in Germany hervorbrachte. Bekanntlich hat dieses Gesetz das Gegenteil der erwarteten Wirkung gehabt; es ist zu einer Reklame für die deutsche Ware geworden, weshalb man neuerdings eine Änderung des Gesetzes beabsichtigt, und zwar so, daß die fremden Erzeugnisse nicht mehr die Bezeichnung des Ursprungslandes tragen, sondern einfach die Worte imported oder made abroad. In schutzzöllnerischer Richtung bewegte sich auch das Verbot der Einfuhr ausländischer Gefängnisarbeit. Auf die Frage der Ausgleichzölle, die ebenfalls hierher gehört, kommen wir nachher zu sprechen. Die infolge des Burenkrieges eingeführten Zölle auf Getreide waren reine Finanzzölle und sind inzwischen wieder aufgehoben worden.

Diese unleugbare handelspolitische Ohnmacht, in die England durch seinen Freihandel versetzt worden war, blieb der englischen Industrie so wenig lange verborgen, wie ihre Gründe, und bald setzte eine ziemlich lebhafte Opposition gegen den absoluten Freihandel ein, die sich eine Organisation in der National Fair Trade League schuf. Diese hat folgendes Programm aufgestellt: 1. Abschluß aller Handelsverträge, die fiskalische Vereinbarungen betreffen, nur auf jährliche Kündigung und mit der Klausel, daß die Meistbegünstigung nicht auf solche Vorteile anwendbar sein soll, die zwischen England und seinen Kolonien geschaffen werden, damit durch Handelsverträge die zweckdienliche Handelspolitik zwischen England und seinen Kolonien nicht gehindert wird. 2. Freie Einfuhr der Rohmaterialien für die einheimischen Industrien, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. 3. Einfuhrzölle auf die Erzeugnisse der Staaten, die die englischen Waren nicht in free oder fair exchange nehmen. 4. Einen mäßigen Zoll auf Nahrungsmittel aus fremden Ländern, dagegen deren freie Einfuhr aus den Kolonien, um die Hilfsquellen des britischen Reiches zu entwickeln, um den Strom von englischem Kapital, Geschicklichkeit und Arbeitskraft in die eignen Besitzungen statt in fremde schutzzöllnerische Länder zu lenken. — Der Gedanke war auch hier der, die britischen Kolonien möglichst auf der Stufe

der Ackerbauländer zu erhalten und als solche reichlich für einen großen innern Markt zu beschäftigen, damit sie dauernd willige Abnehmer der englischen Industrieerzeugnisse bleiben sollten.

Zu diesem Programm muß man bemerken, daß der Begriff Fair trade etwas andres bedeutet als Schutzzoll (protection). Das Fair-Trade-Prinzip fordert für die Handelsbeziehungen des Inlands zum Auslande Freihandel, wenn er gegenseitig ist, d. h. wenn er auch vom Auslande gewährt wird; erhebt dagegen das Ausland Schutzzölle, gewährt es Ausfuhrprämien und dergleichen, so sollen entsprechende Zölle in England den Vorteil ausgleichen, den der ausländische Produzent dadurch genießt. Das ist in der Tat etwas andres als ein grundsätzlicher allgemeiner, auf sämtliche Waren aller fremden Länder angewandter Schutzzoll, dieser generalisiert, jenes Fair-Trade-Prinzip individualisiert, richtet seine Maßnahmen nach der Handelspolitik jedes einzelnen Landes, um dessen Waren es sich im gegebenen Falle handelt. Unter den heutigen Verhältnissen kommen allerdings beide Prinzipien praktisch auf dasselbe hinaus. Nebenbei bemerkt ist in dem Fair-Trade-Prinzip derselbe Grundgedanke enthalten, der neuerdings in Deutschland zu einer Bekämpfung der allgemeinen Gewährung der Meistbegünstigung geführt hat. Es ist wichtig, hervorzuheben, daß der Gedanke, Ausfuhrprämien in Großbritannien durch Ausgleichszölle zu bekämpfen, schon einmal praktisch geworden ist. Im Jahre 1899 ist nämlich die Regierung von Ostindien ermächtigt worden, auf Waren, die Ausfuhrprämien im Herkunftslande genießen, Zuschlagzölle zu legen, und man machte davon sofort dem Zucker gegenüber Gebrauch. Das war ein scharfer Bruch mit der bisher hochgehaltenen Freihandelslehre; er ist als solcher auch in England empfunden worden, und Chamberlain war der, der diese Politik mit voller Erkenntnis ihrer Tragweite energisch unterstützte, ja er ist vielleicht der Urheber davon.

Mit dem eben gekennzeichneten Programm begann nun die Vereinigung zu arbeiten, mit wechselndem Erfolge, je nachdem in England die wirtschaftliche Konjunktur auf und nieder ging. Ging es der Industrie schlecht, so wurde die Agitation für Fair Trade lebhafter, ging es ihr gut, so verstummte sie wieder etwas; entscheidende Erfolge hat sie bisher nicht erreicht, da sie die Arbeiterschaft, die Gewerkvereine der gelernten und der ungelerten Arbeiter noch nicht für ihre Ideen gewonnen hat.

Wenden wir uns nun zu der politischen Seite des Problems des englischen Weltreiches. Ich habe oben nebenbei schon erwähnt, daß England seinen Kolonien im Gegensatz zu der ältern Zeit des Entstehens der Kolonialmacht allmählich eine immer größere Selbständigkeit zugestanden hat, indem es die Grundsätze des Liberalismus auf die Spitze trieb oder vielmehr diese Selbständigkeit hat zugestehn müssen. In dieser Hinsicht sind die Handelsverträge mit Italien und die spätern Verträge mit Frankreich charakteristisch. In jenem Vertrage wurde 1883 bestimmt, daß er auf die wichtigsten Kolonien nicht anwendbar, daß es diesen aber erlaubt sei, sich seinen Abmachungen durch eine besondere Ratifikation anzuschließen. In dem neuern französischen Vertrage wurden die englischen Kolonien vollständig von allen Begünstigungen

und mit Ausnahme von Kanada auch von der Meistbegünstigung ausgeschlossen, eine Tatsache, die bei dem 1900 zwischen Frankreich und Brasilien drohenden Zollkriege sehr empfindlich fühlbar wurde, da die indische und die ceylonische Erzeugung von Kaffee, Tee und einigen Gewürzen davon in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das Mutterland England hatte also auf sein Recht, Verträge für die Kolonien mit abzuschließen, verzichtet. England hat die Kolonien auch nicht hindern können, eine stark schutzöllnerische Politik zu treiben, einmal um ihre Einnahmen aufzubessern, aber vor allem, um ihre Industrie zu pflegen. Die Hoffnung, diese Ackerbaukolonien würden Agrarländer bleiben, die ewig England für den Absatz seiner Industrieerzeugnisse tributpflichtig sind, war eine Illusion. Heute ist der englischen Industrie schon eine recht kräftige Konkurrenz in der kolonialen Industrie erwachsen, und sie mußte es dulden, daß in Indien die im Interesse der englischen Baumwollindustrie abgeschafften Schutzzölle 1893 und 1894 wieder eingeführt wurden, sie muß zusehen, wie Kanada seine Metall- und Lederindustrie, seine Erzverhüttung sogar mit hohen Fabrikationsprämien hochbringt.

Die frühere Anschauung, daß man den Kolonien eine möglichst große Selbständigkeit gewähren müsse, ist allmählich aus diesen Gründen und wegen der vorhin erwähnten politischen Vorgänge in den Kolonien gewichen. Man sah ein, daß man bei diesem Verfahren den Bestand des englischen Weltreichs aufs äußerste gefährdete, daß es zu einem allmählichen Abbröckeln gerade der politisch wichtigsten Teile führen müsse. Wir werden diese Gefahr wohl begreifen, wenn wir uns noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen, daß dem Mutterland England mit einer Fläche von 315000 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von 42 Millionen Menschen ein Kolonialbesitz von 29 Millionen Quadratkilometern mit 356 Millionen Menschen gegenübersteht. Das *laissez faire* den Kolonien gegenüber entsprang zum Teil sicher der Furcht, die Fehler, die zum Abfall der Vereinigten Staaten geführt hatten, anderswo zu wiederholen, und es mag auch seine guten Seiten zeitweilig gehabt haben. Heute kann man es nicht mehr recht aufrecht erhalten. Und so begann denn 1884 unabhängig von den politischen Parteien in England eine Bewegung, die schon 1868 Charles Dilke mit dem Stichwort *Greater Britain* angekündigt hatte, und die sich zum Ziele machte, nicht nur die englischen Kolonien zu erhalten, sondern enger an das Mutterland anzugliedern. Die Gesellschaft, die zu diesem Zwecke gegründet wurde, nannte sich *Imperial Federation League*. Sie will einen Bundesstaat mit einer straffen Bundesverfassung aus dem englischen Reiche machen. Der imperialistische Gedanke brach auch hier durch, zumal da die Kolonien selbst trotz allen andern Tendenzen im allgemeinen beim Mutterlande verbleiben wollten und dieser Gesinnung des öftern lebhaften Ausdruck verliehen. Die Imperialisten haben mancherlei Vorschläge gemacht, wie man den Zusammenhalt des Reiches stärken könne, vor allem durch transatlantische Kabel und Schifffahrtlinien, durch ein einheitliches Briefporto im Reiche (seit 1898 durchgeführt), durch Gewährung von Krediten an die Kolonien. Vor allem aber wandte die *Imperial Federation League* ihre Agitation zwei brennenden Fragen zu. Die Kolonien haben in Reichsangelegenheiten nicht

Sitz und Stimme im englischen Parlament und in der Regierung, die die Reichspolitik machen, deren Folgen auch die Kolonien tragen müssen. Andererseits tragen die Kolonien nur sehr unwesentlich zu den Kosten des englischen Heeres und der Marine bei, die zum großen Teil des Schutzes der Kolonien wegen da sind. Die Einsicht, daß in diesen Gedanken in der Tat viel richtiges enthalten war, brach sich immer mehr Bahn, unterstützt von den Kongressen der reichsbritischen Handelskammern und den Kolonialkonferenzen; auch Lord Rosebery hat sie gelegentlich verfochten, und bald griffen die Erörterungen gegen den Willen der Imperial Federation League, die ja nur für den politischen Zusammenschluß des Reiches arbeitet, auch auf die handelspolitische Seite über, und sie mußten dahin übergreifen, da, wie W. A. Hewins einmal richtig sagt, eine imperialistische Politik, losgelöst von der Gewerbe-, Handels- und Unterrichtspolitik, von vornherein in dem Zeichen des Mißerfolges steht. Man forderte auf der einen Seite eine Zollunion des Mutterlandes mit den Kolonien, auf der andern Seite wollte man die besondere Zollpolitik der Kolonien bestehen lassen und nur einen Reichszuschlagzoll überall von allen fremden Waren erheben, der in die Kasse des Reiches fließen, und aus dessen Ertrag die Reichsverteidigung bezahlt werden sollte (Vorschlag von dem Führer der Afrikanderpartei Jan Hendrick Hofmeyr). Zu diesen Vorschlägen trat ein dritter, daß England Schutzzölle einführen und den Kolonien auf diese einen Nachlaß bewilligen sollte, während andererseits die Kolonien England Zollbegünstigungen einräumen, sei es, daß sie den fremden Ländern gegenüber ihre Zölle noch weiter erhöhen und sie nur für England auf dem alten Stande lassen, sei es, daß die Kolonien auf die bestehenden Zölle England einen Nachlaß gewähren. Dieser letzte Vorschlag wird von der United Empire Trade League, die sich aus der Imperial Federation League bildete, verfochten, und Salisbury selbst hat sie darauf verwiesen, für diesen Gedanken die Massen zu gewinnen.

Das sind die Anschauungen, über die man streitet, und die Fragen sind besonders wieder in Fluß gekommen, seit Kanada England gezwungen hat, die Handelsverträge mit Deutschland und Belgien zu kündigen, und dadurch, daß es England tatsächlich Vorzugzölle gewährte, in einen nun schon seit 1898 dauernden Zollkrieg mit Deutschland geriet; sie sind neu wieder aufgelebt, seitdem Chamberlain das Kolonialministerium übernommen hatte und sofort eine Politik energischer, positiver Förderung der Kolonien begann. Diese Politik der gegenseitigen Bevorzugung zwischen England und seinen Kolonien vor dem Auslande ist auch die, die die letzte Konferenz der Kolonialminister, die bei der Thronbesteigung Eduards des Siebenten in London tagte, zu der ihrigen gemacht hat.

Damit sind wir bei der Reichspolitik Chamberlains angekommen. Was meine Ausführungen beweisen sollten, ist weiter nichts, als daß Chamberlain nicht etwa mit einer neuen Entdeckung vor das Volk tritt, mit neuen Mitteln, die England retten könnten, sondern daß er dieselben Gedanken vertritt, die schon jahrzehntelang breite Schichten des englischen Volkes beschäftigen, und die schon von allen Seiten beleuchtet sind. Neu ist nur das gewaltige Feuer

einer starken Energie, mit der Chamberlain diese Dinge aus dem Kreise der dem Engländer genehmen pomadigen akademischen Erörterung in die Bahn der praktischen Politik hineinzureißen bemüht ist.

Zunächst darf ich auf einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Anschauungen Balfours und Chamberlains hinweisen. Balfour hat die Erfahrung aufgegriffen, daß England beim Freihandel gegenüber einer fest geschlossenen Phalanx von Schutzollstaaten keinerlei Waffen in der Hand hat, Handelsverträge abzuschließen, d. h. Zollnachlässe von den Schutzollländern zu erhalten. Er tritt deshalb für die Einführung von Schutzöllen als Verhandlungsöllen ein, die er wieder ermäßigen will, damit auch andre Länder England gegenüber die Zölle herabsetzen. Zum zweiten sollen diese Zölle die englische Industrie, nicht aber die Landwirtschaft schützen. Das ist ein sehr bescheidenes Ziel, da Balfour das Problem des Verhältnisses zu den Kolonien gar nicht behandelt. Anders Chamberlain.

Chamberlain, der früher den Vorschlag eines Reichszollvereins befürwortet hatte, macht sich nunmehr die Gedanken der United Empire Trade League vollständig zu eigen; er will imperial reciprocity, und dazu muß das Mutterland einen ausgedehnten Schutzoll schaffen, von dem auch Industrie und Landwirtschaft Vorteil haben. Und so wie das Mutterland die Kolonien durch Vorzugzölle begünstigt, sollen diese wiederum dem Mutterlande durch niedrigere Zölle Vorteile einräumen. Auch Chamberlain stellt vorläufig die Ziele einer politischen straffern Organisation des Reiches, wie sie die Imperial Federation League will, etwas zurück, und wir werden nachher noch sehen, warum er das tut. Während aber die Empire Trade League bei einer theoretischen Empfehlung dieses „Systems“ der gegenseitigen Vorzugzölle stehen geblieben war, schreitet Chamberlain sofort zur Praxis, und zwar in einer für einen frühern Minister unerhörten und für die englische Regierung eigentlich beschämenden Form. Er setzte einen Ausschuß ein, der augenblicklich an der Arbeit ist, einen Zolltarif für England aufzustellen, der all die gewaltige Vorbereitungsarbeit einer neuen Handelspolitik, die eigentlich der Regierung zufällt, übernimmt, und wir werden abwarten müssen, was dabei zutage kommt.

Von allen englischen Staatsmännern ist Chamberlain offenbar zur Lösung der Aufgabe, die er sich gestellt hat, am meisten berufen. Chamberlains Vater war ein vermöglicher Schuhmacher in London, der allmählich zum Schuhfabrikanten aufstieg. Chamberlain trat dann 1854 in eine Fabrik für hölzerne Schrauben in Birmingham ein, die er mit dem Schwager seines Vaters so erfolgreich leitete, daß er sich 1874 mit einem genügenden eignen Vermögen von dem Unternehmen zurückziehen konnte. Hier in Birmingham, in der typischen Industriestadt konnte er, der aus dem väterlichen Hause eine liberale Gesinnung mitgebracht hatte, diese Grundlage zu einer tiefen sozialen Bildung ausbauen. Er erkannte hier die Schwächen des englischen Liberalismus und wurde radikal. Er griff persönlich ein, um die Bildung seiner eignen Arbeiter zu heben durch eine Abendsschule, in der er selbst Unterricht erteilte. Er studierte die soziale Gesetzgebung. Im politischen Leben trat er zuerst auf, als Gladstone und Disraeli um die Reform des parlamentarischen Wahlrechts kämpften, und wenn

er auch innerlich Gladstone fern stand, so unterstützte er doch zunächst seine Politik in dieser Zeit, geriet aber wegen des Erziehungsgesetzes mit ihm in Streit, da Chamberlain kosten- und religionlosen Unterricht in der Volksschule wollte. Seine geradezu musterhafte Tätigkeit als Bürgermeister von Birmingham für die Verschönerung, die Gesundheit und die Bildungsgelegenheiten dieser Stadt hielt ihn zwar einige Jahre vom politischen Schauplatz fern; aber er betrat ihn wieder 1876, und seine ersten Reden zeigen eine radikaldemokratische Richtung und eine unbedingte Anerkennung der Rechte der arbeitenden Klassen. „England, sagt man, sei das Paradies der Reichen. Wir haben darauf zu sehen, daß man nicht duldet, daß es zum Fegefeuer der Armen werde.“ Wenn er auch Gladstone zu Fall gebracht hatte, so war er darum doch kein Freund der Konservativen, aber ebensowenig einer der damaligen Liberalen. Er blieb radikal, denn er war der Ansicht: „Ist der Konservatismus organisierte Selbstsucht, so ist in letzter Zeit der Liberalismus Selbstsucht ohne Organisation gewesen.“ Deshalb bekämpfte er nunmehr die konservative Politik, vor allem die auswärtige und die Kolonialpolitik Beaconsfields.

Schließlich wurde er in zwei Ministerien Gladstones Minister, Präsident des Handelsamts, da Gladstone selbst radikaler geworden war. Sowohl in der Frage des Wahlrechts der Landarbeiter als in der irischen Frage und vor allem in der auswärtigen Politik gelang es, zwischen den beiden ein Einvernehmen zu erreichen. In der auswärtigen Politik trat Chamberlain sogar dafür ein, England solle Transvaal ganz aufgeben. Erst die Homerulefrage trennte die beiden Persönlichkeiten; Gladstone wollte den Irländern ein eignes Parlament bewilligen, Chamberlain aber an den Grundlagen der irischen Union festhalten. Er trat aus dem Ministerium aus und suchte mit seiner Gefolgschaft, den liberalen Unionisten, wieder Fühlung mit den Konservativen, seinen bisherigen Todfeinden. Er blieb zwar innerlich radikal, er hat immer die Parteien, mit denen er arbeitete, mehr zu wandeln verstanden, als daß er sich selbst verändert hätte, bewies aber hier klar, daß er in bezug auf politische Mittel der schmiegsamste Politiker ist, den man sich denken kann. Sowohl die Konservativen wie Chamberlain wandelten sich bei dieser Berührung. Jene wurden eifriger in der Erfüllung radikaler Forderungen, dieser suchte mehr die Reformarbeit aus dem Bestehenden langsam zu entwickeln. Im Jahre 1895 endlich war die Annäherung so weit vollzogen, daß Chamberlain in das dritte Ministerium Salisburys als Staatssekretär des Kolonialamts eintrat, und nunmehr begann erst seine weitaussehende Tätigkeit auf Grund eines imperialistischen Programms, das schon vor ihm entwickelt war. Chamberlain aber beleuchtet dieses Programm ganz seinem Radikalismus entsprechend von einer neuen Seite. „Er will eine organische Verbindung der imperialistischen Politik mit der innern Politik Englands herstellen. Der Imperialismus bedeutet für ihn nicht wie für Beaconsfield nur die glänzende Krönung des Staatsgebäudes, sondern er sieht auch hier von unten nach oben und stellt die Bedürfnisse der Arbeiterklasse voran, Chamberlain befürwortet gewissermaßen in Weiterführung seiner Sozialpolitik einen im Volksboden wurzelnden sozialen Imperialismus. Den Massen wird der Reichsbund zugute kommen, darum muß sich eine imperialistische Politik,

um erfolgreich zu sein, auf sie stützen.“ (Felix Salomon in der Deutschen Rundschau, Nr. 12, 1904.)

Chamberlain wendet sich mit aller Schärfe gegen die Auffassung, daß der Freihandel für England ein Dogma sein müsse. Er verweist seine Landsleute auf die handelspolitische Entwicklung des Kontinents und der Vereinigten Staaten, um ihnen zu zeigen, wie verkehrt die Ansicht sei, daß nur der Freihandel wirtschaftliche Macht und Entwicklung sowie Wohlstand mit sich bringe. Er führt ihnen alle die Tatsachen vor Augen, die wir schon erwähnten, um den Verfall der englischen Volkswirtschaft zu schildern, und wenn er dabei zu schwarz malt, so verfällt er nur in den Fehler des Radikalismus jedes Reformers und folgt der vielleicht in der politischen Propaganda allgemein vorhandenen Neigung, durch besonders scharfe Hervorhebung ungünstiger Seiten der Entwicklung und Verschweigung der ausgleichenden Wirkungen sowie durch eine gelegentlich willkürliche Gruppierung der Tatsachen die Dringlichkeit der Abhilfe darzutun. Er scheut sich auch nicht, den Leidenschaften des Volkes zu schmeicheln, indem er die deutschfeindliche Strömung gelegentlich zur Unterstützung seiner Sache verwendet.

Aus der Fülle statistischen Materials, das Chamberlain und seine Parteigänger verwerten, sei zur Ergänzung unserer Mitteilungen noch einiges herausgehoben. Stellt man Deutschland und Holland auf der einen Seite England auf der andern Seite gegenüber, so zeigt sich, daß die Einfuhr jener Länder an Industrieerzeugnissen nach England von 1875 bis 1902 von 10,5 auf 46,9 Millionen Pfund Sterling (+ 340 Prozent) gestiegen ist, die Ausfuhr Englands nach diesen Ländern dagegen von 33,5 auf 22 Millionen Pfund Sterling (— 30 Prozent) gefallen ist. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten nach England ist von 1886 bis 1900 von 81,6 auf 138,8 Millionen Pfund Sterling (+ 70 Prozent) gestiegen, die Ausfuhr Englands nach der Union dagegen von 26,8 auf 19,8 Millionen Pfund Sterling (— 26 Prozent) gefallen. Sogar bei Waren, deren englische Herkunft seit alters her berühmt ist, macht sich eine solche Umwälzung bemerkbar. Die Ausfuhr englischer Wollwaren ist von 515 auf 382 Millionen Pfund Sterling gesunken, die Einfuhr fremder Wollwaren aber von 192,5 auf 265 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Der englische Arbeiter wird für die Zollpläne außer durch eine Erörterung, daß er keine daraus entspringende Verteuerung der Lebenshaltung zu fürchten braucht, dadurch gewonnen, daß man ihm zeigt, wie die Ausfuhr der Arbeit seiner Hände, der englischen Fertigwaren, von 1890 bis 1902 nur von 219,86 auf 229,21 Millionen Pfund Sterling, die Einfuhr fremder Fertigwaren dagegen von 63,2 auf 99 Millionen Pfund Sterling gestiegen ist, und daß diese Einfuhr hauptsächlich aus Schutzzollländern stammt. Der Zoll schützt also auch die Ware Arbeit und muß diese Aufgabe in England ebenfalls übernehmen. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Politik der Kartelle mit ihren billigen Warenangeboten im Auslande. Hiergegen können, so sagt er den Industriellen, nur Zölle und unter Umständen Ausgleichzölle helfen.

Chamberlain will nach den spärlichen Mitteilungen, die er bisher über die Grundlagen der von ihm vorgeschlagenen englischen Schutzzölle gemacht hat,

einen Getreidezoll (außer auf Mais) von zwei Schillingen für den Quarter, einen entsprechenden Mehlzoll, einen fünfprozentigen Wertzoll auf Fleisch (ohne Speck) und auf Molkereierzeugnisse eingeführt wissen. Auf alle diese Zölle, ferner auf die Wein- und die Fruchtezölle sollen die Kolonien einen Nachlaß oder völlige Befreiung erhalten. Dagegen beabsichtigt er eine Ermäßigung des Teezolls auf ein Viertel, des Zuckerzolls auf die Hälfte und des Kaffee- und Kakaozolls vorzuschlagen, damit der Bevölkerung für eine etwa erfolgende, nach seiner Ansicht aber keineswegs unbedingt eintretende Verteuerung der Lebenshaltung ein Ausgleich gegeben werde. Andererseits will er die Erträge der Zölle für eine soziale Arbeiterversicherung nach deutschem Muster verwandt sehen. Schließlich soll ein Zoll auf Industrieerzeugnisse, abgestuft nach der in der Ware steckenden Arbeitsleistung bis zu zehn Prozent vom Werte, den innern Markt besser sichern, als das heute der Fall ist.

(Schluß folgt)



Erinnerungen aus der preussischen Archivverwaltung

Von H. Forst



or dem Jahre 1866 hatte Preußen außer dem geheimen Staatsarchive zu Berlin Provinzialarchive zu Koblenz, Düsseldorf, Münster in Westfalen, Magdeburg, Stettin, Königsberg in Preußen und Breslau. Jedes davon wurde von einem Archivar verwaltet. Für dieses Amt war kein bestimmtes Fachstudium vorgeschrieben; die Regierung berief vielmehr nach Gutdünken Historiker oder Juristen. So wurde im Jahre 1853 der bei der Zentralkommission der Monumenta Germaniae als Hilfsarbeiter beschäftigte Roger Wilmans zum Archivar in Münster, im Jahre 1855 der Privatdozent Wattenbach zum Archivar in Breslau, im Jahre 1863 der Gerichtsassessor Elteter zum Archivar in Koblenz ernannt. Der gemeinsame Vorgesetzte dieser Beamten war der Direktor der Staatsarchive, der seinerseits unmittelbar unter dem Präsidenten des Staatsministeriums stand. Außerdem führten die Oberpräsidenten der Provinzen die Aufsicht über die Verwaltung der einzelnen Archive; sie vermittelten auch den geschäftlichen Verkehr zwischen den Archiven und dem Direktorium. Den Posten des Direktors bekleidete seit dem Jahre 1852 der Geheime Oberarchivar Dr. Karl Wilhelm von Lancizolle; er war vorher Professor in der juristischen Fakultät zu Berlin gewesen. Über den Charakter seiner Verwaltung fällt der Biograph seines Nachfolgers ein sehr ungünstiges Urteil*); dagegen haben ältere Archivbeamte die Sorgfalt und die Sachkenntnis Lancizolles gerühmt. Am 1. Juli 1867 trat er in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde der Historiker und Politiker Max Duncker, bis dahin vortragender Rat des Kronprinzen. Duncker arbeitete zunächst eine neue Instruktion für die Verwaltung

*) R. Hayn, Leben Max Duncckers, S. 422.